Preis der Einzelnummer 10 Mark.

Neue Lodzer Zeitung

Die älteste, größte und verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Erscheint täglich früh. An Tagen, die auf Sonn- und Festtage folgen, abends. Bezugspreis: monatlich 240 Mk. mit Zustellung, wöchentlich 60 Mk. Per Post bezogen 240 Mk. monatlich. Vertretungen: Alexandrow Salin, Danzig: Danziger Anzeigenbüro, Neitbahn 8. Konstantynow: Schöler. Pabianice: G. Keil. Zdunska-Wola: H. Wolff. Zgierz: Lach, Kiosk.
— Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückerstattet. —

Redaktion und Geschäftsstelle
Petrikauer-Straße Nr. 15.
Telephon Nr. 283.

Inseratekosten: 8-gespaltene Nonpareillzeile oder deren Raum 15 Mk. Ausland 1 Mk. 50 Pf. deutsche Währung. Reklam. u. Inserate im Text od. auf der 1. Seite (dop. so breit) 60 Mk. Ausland 6 Mk. (deutsche) Raum der Nonpareillzeile. Eingef. 70 Mk. v. Korpuszeile. Bei Kunition, Schräglau u. dergl. 50 Prozent Aufschlag. Inserate werden nach Möglichkeit gut plaziert, es können aber besondere Platzanweisungen nicht berücksichtigt werden, daher auch keine dabingehenden Reklamationen.
— Inseratenannahme durch alle Annoncen-Büros. —

Nr. 185. | Sonnabend, den 9. Juli 1921. | 20. Jahrgang.

Rathenau über den Wiederaufbau der Weltwirtschaft.

Hamburg, 4. Juli. Vor dem Hamburgischen Ausschuß für den Aufbau der Friedenswirtschaft führte Wiederaufbauminister Dr. Rathenau in einer Rede u. a. aus: Das Problem des Wiederaufbaues ist nur ein Ausschnitt aus dem großen europäischen Problem, das nicht von einzelnen, von Regierungen, sondern von den Völkern selbst geleistet werden kann. Es handelt sich darum, einen Kontinent wiederherzustellen. Die Lösung des Problems wird darin bestehen, daß die enge Verflochtenheit der europäischen Nationen, die freiwillige oder unfreiwillige Schicksalseinheit eines ganzen Kontinents erkannt wird, und daß die Konsequenzen mit Nachdruck gezogen werden.

Verflochten sind die Länder zunächst durch die Teilnahme ihrer materiellen Verschuldung. Es ist kein Land, das heute nicht verschuldet wäre, mit Ausnahme jenes großen reichen jenseits des Ozeans. Generalgläubiger der Welt ist Amerika, Generalschuldner ist Deutschland, und zwischen ihnen eingeschaltet sind sämtliche Nationen gleichzeitig als Schuldner und Gläubiger. Weiterhin sind die Länder verflochten durch die Entwertung ihrer Geldmittel. Minderwertig ist das Geld aller europäischen Staaten. Innerhalb der Geldsysteme aber besteht ein System kommunizierender Röhren. Das verhindert, daß der eine sich erholt, wenn der andere leidet. Sodann sind die Staaten untereinander verknüpft durch den Begriff des Wiederaufbaues, dessen alle bedürfen. Zerstört sind alle in ihrem wirtschaftlichen Leben. Diese Vernichtung schweißt die Nationen zusammen zu einer Interessen- und Notgemeinschaft, denn der Wiederaufbau des einen Landes kann nicht geschehen, wenn der Wiederaufbau der übrigen nicht gelingt.

Die kleinen europäischen Territorien werden, wenn sie sich ihres Zusammenhangs nicht bewußt sind, nicht imstande sein, die großen technischen Aufgaben der Zukunft zu lösen, denn die technische Führung liegt da, wo die Größe der Produktion ist. Die Größe der Produktion aber ist bedingt durch die Größe des Konsums, d. h. die Größe des Territoriums. Vor allem aber sind die Länder und Völker dieses Kontinents verbunden durch eine Krisis, die über ihnen hängt. Viele sind geneigt, die Krisis anzusehen als eine vorübergehende Erscheinung, die geheilt werden könnte durch die einfachen Mittel, mit denen man früher wirtschaftlichen Erschütterungen begegnete. Im Irrtum sind die, die das glauben. Diese Krisis ist eine organische Krankheit eines tief leidenden gesamtwirtschaftlichen Körpers; von den Bewohnern dieser Planeten sind 300 Millionen als Konsumenten ausgeschaltet. Durch diesen Krieg hat eine Umschichtung unter den Bevölkerungen stattgefunden, die leider allzu schwer den Ständen der Intelligenz mitgespielt hat, die dadurch aus dem Konsumentenkreis ausgeschieden sind. Eine Umstellung des Produktionsprogramms der Welt wird hierdurch erforderlich, die nicht in wenigen Jahren vollzogen werden kann.

Wenn wir diese Uebersicht der Gebundenheit vor uns vorübergehen lassen, sollten wir glauben, daß keine Minute des europäischen und des Weltfriedens verloren ginge, in der nicht die Kenner des wirtschaftlichen Lebens der Welt zusammentreten und von früh bis spät beraten, wie diese Krankheit zu heilen sei. Wenig ist davon zu sehen. Noch immer herrscht der Gedanke, es könne der eine gedeihen, wenn der andere verdirbt. Noch immer herrscht der Gedanke der Verfeindung, der Vergeltung. Gegenwärtig scheint die Politik die Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln. Die wahre Sicherheit der Nationen und des Weltfriedens aber beruht nicht auf individualistischer Grundlage, sondern auf dem Gefühl der Verflochtenheit sämtlicher Glieder der Welt zu einem Ganzen, und die Welt wird dann am sichersten und gesundesten sein, wenn die Lebensnotwendigkeit eines jeden erkannt wird.

Unter denjenigen Nationen, mit denen wir im Kriege gelebt haben, hat sich der Gedanke festgesetzt, es könne ein Goldstrom entspringen, der, von Deutschland ausgehend, alle anderen zur Gesundung führt. Ich lasse es ungeprüft, ob eine Heilung aus einem Goldstrom, der von einem Lande ausgeht, der Welt zugutekommen würde, aber zweifellos ein solcher Goldstrom wird kaum entstehen. Wir Deutschen sind verpflichtet durch unsere Unterschrift. Wir werden erfüllen und werden bis an die Grenze unseres Könnens gehen, um die Ehre unseres Namens zu wahren. Das hindert uns aber nicht, offen davon zu sprechen, daß die Formen, in denen die Erfüllung von uns verlangt wird, nicht entsprechen dem Zustand des Landes, daß sie nicht angepaßt sind unseren deutschen Verhältnissen.

Das oberschlesische Problem.

Nachklänge zu den Vorfällen in Beuthen.

Paris, 8. Juli. (Pat.) Havas. Aus Berlin wird berichtet, daß der deutsche Minister des Aeußern Rosen sich gestern aus eigener Initiative nach dem Gebäude der französischen Botschaft begeben hat, um dem Botschafter Loran sein Bedauern anläßlich der blutigen Vorfälle in Beuthen auszudrücken. Der Botschafter Loran lenkte die Aufmerksamkeit des Herrn Rosen auf die große Gefahr, die die Tatsache darstellt, daß in Oberschlesien sich immer noch deutsche Freiwillige von den Freikorps aufhalten, was selbst die deutschen Blätter eingestehen. Rosen gab die Versicherung, daß die deutsche Regierung dafür Sorge tragen wird, um die Situation zu verbessern. Den Mannschaften des aufgelösten Selbstschutzes soll nämlich Arbeit verschafft werden. Loran lenkte ferner die Aufmerksamkeit Rosen's auf die Kampagne, die von der deutschen nationalistischen Presse gegen Frankreich anläßlich der Vorfälle in Beuthen geführt wird, ohne darauf zu achten, daß Franzosen diesen Vorfällen zum Opfer gefallen sind. Der Außenminister Rosen drückte nochmals sein Bedauern über die leider oft vorkommenden Vorfälle aus, die der deutschen Regierung ihre Bemühungen zur Aufbesserung der französisch-deutschen Beziehungen erschweren.

Die französische Presse über die Vorfälle in Beuthen.

Paris, 7. Juli. Die Vorfälle in Beuthen, denen der französische Major Montallegre zum Opfer gefallen ist, riefen in der ganzen französischen Presse große Erregung hervor. Der ehem. Kriegsminister, der Deputierte Lefevre wird in dieser Angelegenheit eine Interpellation in die Deputiertenkammer einbringen.

Die Blätter „L' Action Francaise", „L' Eclair" und „Figaro" stellen fest, daß für die Vorfälle der deutsche Reichskanzler Dr. Wirt verantwortlich gemacht werden muß, der in Sachen Oberschlesiens aufwieglerische Reden hält. Die Verbündeten müssen in Berlin solidarisch auftreten, um eine vollständige Genugtuung zu erlangen. „Echo de Paris" verlangt vollständige Auflösung der deutschen Kampfesorganisationen in Oberschlesien. „Gaulois" und „Republique Francaise" veröffentlichen pessimistische Bemerkungen bezüglich der Möglichkeit einer französisch-deutschen Annäherung und bemerken, daß diese infolge der wirklichen Stimmung der deutschen Bevölkerung unmöglich sei.

Strafsanktionen.

Paris, 8. Juli. (Pat.) Havas. Die parlamentarische Gruppe der Freunde Polens beschloß von Briand die Anwendung der Strafsanktionen gegen Deutschland anläßlich der Ermordung des französischen Majors in Beuthen zu verlangen.

* * *

Beuthen, 8. Juli. (Pat.) Die Telephonverbindung zwischen Beuthen und Berlin ist in der vergangenen Nacht wieder hergestellt worden. Die Schnellzüge zwischen Kattowitz und Berlin verkehren gleichfalls seit gestern abend wieder.

Die Aufhebung der Zwangsmaßnahmen.

Paris, 5. Juli. Der „Intransigeant" schreibt heute: Auf der nächsten Zusammenkunft des obersten Rates wird die Frage der Aufhebung der gegen Deutschland ergriffenen Zwangsmaßnahmen selbstverständlich gestellt werden. Es sei ein offenes Geheimnis, daß von den fünf in diesem obersten Rat vertretenen Alliierten vier für die Aufhebung dieser Strafmaßnahmen seien. Es sei fraglich, ob Frankreich allein imstande sein werde, seinen Standpunkt auf Beibehaltung der Sanktionen durchzusetzen. Jedoch dürfe man nicht annehmen, daß es sich durch die Zahl seiner Gegner in dieser Frage werde unterdrücken lassen. Es werde in diesem Augenblick für die französische Regierung alles von der energischen Verteidigung eines Kompromisses abhängen, das darauf hinauslaufe, die Strafmaßnahmen in dem Maße aufzuheben, indem Deutschland die von ihm übernommenen Verpflichtungen erfülle. Ob es gelingen werde, Belgien und noch andere Mitglieder für diesen Plan zu gewinnen, erscheine dem „Intransigeant" fraglich, doch erklärt das Blatt, Frankreich könne auf die Strafmaßnahmen, die es ergriffen habe, nicht etwa um sie 40 Jahre lang aufrecht zu erhalten, oder um nicht mit Illusion bezahlt zu werden, nicht verzichten, nur weil Deutschland von den 100 Milliarden, die es schulde, etwa 10 bezahlt habe, wohl aber könne Frankreich darauf eingehen, daß die Sanktionen rückgängig gemacht würden, in dem Maße, in dem die Durchführung der Verpflichtungen durch Deutschland ihren Fortgang nehmen.

Die Polnisch-Danziger Frage.

Danzig, 8. Juli. (Pat.) Gestern und heute fanden im Danziger Senat Debatten in Sachen des Wohnungsmangels und der Wohnungssteuer statt. Die Redner der linken Parteien griffen sehr scharf den Danziger Senat wegen der unendlichen Verzögerung der Verhandlungen mit Polen an, um im Interesse Deutschlands eine Verständigung zwischen Polen und Danzig nicht zuzulassen. Der unabhängige Sozialist Mau sagte u. a.: Die angekündigte Wohnungssteuer und die Erhöhung des Brotpreises riefen unter der Bevölkerung Erregung hervor. Der Senat widersetzt sich zielbewußt der Beendigung der polnisch-Danziger Verhandlungen; dies tut er im Interesse einer geringen Gruppe der Agrarier, die Einfuhr von Waren aus Polen befürchten. Die Ernährung der Bevölkerung könnte lediglich durch die Aufhebung der Zollgrenze gesichert werden. Wir verlangen, sagte Mau, Informationen über den Verlauf der polnisch-Danziger Verhandlungen sowie Berichterstattung über die Beratungen in Genf. Der Vertreter des polnischen Klubs Jedwabski machte dem Danziger Senat ähnliche Vorwürfe. Nach Beendigung der Diskussion über die Wohnungsfrage wurde zu den Beratungen über den Antrag der Sozialisten in Sachen der Danziger Waffenfabrik geschritten. Die Antragsteller verlangten die Umgestaltung der Waffenfabrik und ihre Anpassung zu friedlichen Zwecken. Man solle ferner Schritte unternehmen, daß die Fabrik mit der ganzen Einrichtung Danzig zufällt. Der Direktor der Fabrik Professor Noe antwortete, daß Danzig kein Recht habe, die Fabrik umzugestalten. Die Stadt verwaltet lediglich die Fabrik bis zur Entscheidung ihres Schicksals. Die Angelegenheit betreffend die Einrichtung der Fabrik und sämtlicher dort befindlichen Maschinen wurde vor einigen Monaten von maßgebenden Faktoren in diesem Sinne entschieden, daß sämtliche Maschinen einem fremden Staate (Polen — Anm. d. Red.) zuerkannt wurden. In der nächsten Zeit werden alle Maschinen aus Danzig ausgeführt.

Danzig, 8. Juli. (Pat.) Im Zusammenhange mit den stattfindenden polnisch-Danziger Verhandlungen wandte sich der Verband der mit landwirtschaftlichen Maschinen handelnden Kaufleute an die Handelskammer mit der Forderung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Abschließung einer polnisch-Danziger Zollunion zu verhindern. Die gegenwärtigen wirtschaftlich-finanziellen Verhältnisse in Polen machen, nach Meinung dieser Kreise, jegliche Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Polen unmöglich. Man müßte von der Völker-Liga verlangen, daß die Inkrafttretung der Zollunion aufgeschoben wird. Polen muß ferner seine Finanz-Politik ändern und die Transport-Einschränkungen aufheben.

Vom Völkerbund.

Danzig, 8. Juli. (Pat.) Die „Danz. Ztg." meldet aus Genf: Die für die letzte Augustwoche bestimmt gewesene Sitzung des Völkerbundrates, auf der eine ganze Reihe Danziger Fragen besprochen werden sollte, ist jetzt endgültig auf den 1. September festgesetzt worden, d. h. 5 Tage vor Beginn der 2. Konferenz des Völkerbundes.

Zum Kriegsverbrecher-Prozeß in Leipzig.

Paris, 6. Juli. (Pat.) Havas. Anläßlich der Freisprechung des Generals Stenger meldet der „Temps", daß in Paris die Meinung vorherrscht, daß die Verbündeten gegen solche Urteile Protest erheben sollten, sowie vom Gericht in Leipzig sämtliche Gerichtsakten zurückfordern.

Leipzig, 8. Juli. (Pat.) Der von der französischen Regierung zur Beobachtung der Prozeßverhandlungen nach Leipzig entsandte Justizrat Nalter wurde zum Gegenstand feindlicher Manifestationen seitens der deutschen Volksmenge, als er mit seinen Mitarbeitern das Gerichtsgebäude nach Urteilsfällung im Stenger-Prozeß verließ.

Berlin, 8. Juli. (Pat.) Das Reichsgericht in Leipzig hat den der Erschießung eines französischen Hauptmannes angeklagten Leutnant Laue freigesprochen.

Die französische Presse über den Kriegsverbrecherprozeß in Leipzig.

Paris, 8. Juli. (Pat.) „Matin" meldet: Infolge der Freisprechung des Generals Stenger hat die französische Regierung eingesehen, daß die Anwesenheit der französischen Delegierten bei den Gerichtsverhandlungen in Leipzig zwecklos ist, weshalb Briand die Vertreter Frankreichs telegraphisch zur sofortigen Rückkehr nach Paris aufgefordert hat. Auch wandte er sich an die Regierungen von England und Belgien mit dem Vorschlage, in Zukunft die Entsendung von Delegierten nach Leipzig zu unterlassen. Bei Besprechung des Prozesses führen die französischen Blätter aus, daß die Deutschen im Irrtum seien, wenn sie annehmen, die Verbündeten hätten auf das Recht, die Kriegsverbrecher zu richten, verzichtet. In Beantwortung einer Anfrage der deutschen Regierung vom 13. Februar 1920 hat der Oberste Rat besonderen Nachdruck darauf gelegt, daß die Verbündeten sich das Recht vorbehalten, die Kriegsverbrecher den eigenen Gerichten zu übergeben, wenn die deutschen Gerichte nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen sollten. Dieser Vorbehalt ist übrigens in den diesbezüglichen Bestimmungen des Versailler Traktats vorgesehen und war in der Note, die Millerand der deutschen Regierung zusammen mit dem ersten Verzeichnis der Schuldigen zusandte, enthalten. Die Blätter erinnern daran, daß die Angelegenheit der Verurteilung der Schuldigen eine der Bedingungen des Ultimatums vom März dss. J. war, sowie daß Lloyd George damals bemerkt hatte, daß die Deutschen die in dieser Hinsicht übernommene Verpflichtungen nicht erfüllt hätten.

Der Krieg im Nahen Osten

Angora, 8. Juli. (Pat.) Der amtliche Bericht meldet, daß die Griechen sich mit bedeutenden Verlusten auf den Abschnitt von Brussa zurückgezogen haben. Die Versuche der Griechen, den Fluß Monagros zu überschreiten, mißlangen.

Chorsea, 8. Juli. (Pat.) Vor einigen Tagen erhielten die Ententekommissare in Konstantinopel die Nachricht, daß Mustapha Kemal mit ihnen oder ihren Vertretern eine unmittelbare Verständigung anzuknüpfen wünsche. In der Antwort darauf setzten die Kommissare Kemal davon in Kenntnis, daß sie bereit seien, ihn anzuhören und daß sie General Harlington zu einer Begegnung mit ihm abdelegieren würden. Die Repräsentanten der Koalition wurden noch nicht zur Führung von Unterhandlungen mit Mustapha Kemal ermächtigt, wovon letzterer benachrichtigt worden ist.

Deutsch-russischer Handelsvertrag.

Berlin, 8. Juni. (Pat.) Der Berliner „Tag" berichtet über den Abschluß eines deutsch-russischen Handelsvertrages. Es wurden Verhandlungen zwischen beiden Regierungen in Sachen der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen aufgenommen. Diese Verhandlungen sind jetzt beendet worden.

Der Bürgerkrieg in Irland.

Chorsea, 8. Juli. (Pat.) Die englischen Truppen in Irland erhielten die Weisung, sich einstweilen aller Repressalien zu enthalten. In Dublin findet heute und morgen eine Besprechung der Sinnfeiner mit den Führern der Südunionisten statt.

Trotzki's Verhaftung eine — Ente!

Die in Warschau weilende Delegation der Sowjet-Regierung hat den dortigen Blättern folgendes Schreiben zugesandt:

„Die Zeitung „Naród" brachte in Nr. 107 von 5. Juli (Extrablatt) folgendes eigenes Telegramm aus Helsingfors: Heute traf hier aus Moskau die amtliche Nachricht ein, daß Trotzki verhaftet wurde. Die Ursache der Verhaftung ist auf absolute Bestrebungen Trotzkis zurückzuführen. Trotzki wurde im Kreml interniert."

Die russisch-ukrainische Delegation für Repatriations-Angelegenheiten erklärt, daß obige Nachricht von Anfang bis zu Ende erfunden ist.

Vorsitzender der russisch-ukrainischen Delegation E. Ignatow.

Mitteilungen der Regierung.

Warschau, 8. Juli. (Pat.) Das Pressebüro des Industrie- und Handelsministeriums teilt mit: Herr Ingenieur Waclaw Paszkowski ist zum Leiter der Liquidationsabteilung für militärische Abrüstung beim Ministerium für Industrie und Handel ernannt worden.

Der Staatschef hat im Einvernehmen mit dem Senat der Freien Stadt Danzig Herrn Juan de Dios Igea y Gonzalez zum spanischen Konsul in Danzig bestätigt.

Ferner wurde Herr Dent Falkenstierne zum Generalkonsul in Danzig bestätigt.

Der Staatschef sandte an Seine Königliche Hoheit den Prinzregenten von Serbien aus Anlaß der glücklichen Errettung vor den Folgen des auf ihn verübten Attentats eine Glückwunschdepesche ab. Der Prinzregent erwiderte den Glückwunsch durch eine Depesche mit Ausdrücken des aufrichtigen Dankes.

Der Sejm.

244. Sitzung vom 8. Juli.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Adam eine Erklärung auf die gegen ihn erhobene Vorwürfe ab.

In der weiteren Verhandlung über die Vollmachten der Regierung zur Ausgabe einer Verordnung betreffend die Regelung des Geldverkehrs im Auslande und über das Gesetz bezüglich der Ausgabe von Kredit-Billets, führt Abg. Wojdalinski aus, daß der Staat zur Verpflegung der Bürger, zu der Benutzung der Eisenbahnen, der Post, des Telegraphen usw. durch sie zuzahle. Anstatt neue Steuern zu schaffen, müßten die bestehenden ausgenützt werden. Der Finanzminister solle seinen Kollen gegenüber Diktator sein. Die Wege zur Gesundung der Finanzen seien einfach, aber nicht leicht. Es seien bereits manche Staaten in einer ähnlichen Lage gewesen, überall aber habe man mit der Zeit durch Erhöhung der Produktion und große Sparsamkeit das Gleichgewicht wiedererlangt.

Abg. Diamand stellt fest, daß der freie Hande alle zur Vernichtung unserer Mark und Erhöhung der Lebensmittelpreise führenden Kräfte entfesseln würde. Seine Partei werde gegen alle Finanzvorlagen der Regierung stimmen.

Abg. Dymowski hat kein Vertrauen mehr zu allen vom Finanzminister vorgeschlagenen Mitteln.

Abg. Rudzinski sagt, die Nichtunterbreitung des Budgets gestatte den Abgeordneten nicht, sich über die Absichten der Regierung zu orientieren.

Abg. Stapinski empfiehlt den Ausgabenstand radikal zu verringern und dem Auslande die Ueberzeugung von den friedlichen Bestrebungen Polens gegen seine Nachbarn einzuflößen. Es solle denen an die Tasche gegriffen werden, die sich während des Krieges zum Schaden ihrer Mitbürger bereicherten.

Abg. Radziszewski erklärt, sein Klub werde dagegen stimmen, daß die Emission bis auf 118 Milliarden gebracht wird wie überhaupt gegen jede weitere Emission, da das unsere Lage verschlimmere.

Bei der Abstimmung ging das erste Gesetz mit 120 gegen 115 Stimmen durch. Das zweite Gesetz über den Kredit in der Landesdarlehenskasse wurde mit 123 gegen 110 Stimmen angenommen und ebenso das 3. Gesetz über die Regelung des Geldumsatzes im Auslande durch gewöhnliche Stimmenmehrheit.

Nach einer Ansprache des Abg. Wierzbicki wurden alle 3 Gesetze in 3 Lesung angenommen.

Abg. Swida berichtet darauf über die Frage der Inbetriebsetzung der Sägewerke in den Staatswäldern. Nach den Berechnungen des Generals Wroczynski gibt es in den Forsten von Bialowiez 1½ Millionen Kubikmeter Kernholz im Alter von über 200 Jahren. Die erste Kategorie desselben stellt allein einen Wert von 1 Million Pfund Sterling dar. Die Abfälle genügen bereits zur Deckung der inneren Bedürfnisse. Die Deutschen haben während der Okkupation nur 1 pCt. des Holzbestandes gefällt. Solches Holz, wie in den Bialowiezer Forsten gibt es nur in Brasilien. Die Einnahme davon könnte allein die Geldsorgen der Regierung beseitigen.

Die weiteren Debatten werden vertagt. Es werden noch einige Angelegenheiten besprochen, worauf die Sitzung geschlossen wird.

Die nächste Sitzung findet am 27. Juli statt.

Neue Gefahr für das Kabinett Witos.

Einer Meldung aus Warschau entnimmt das Pos. Tagbl. folgendes:

Ueber die gegenwärtig alles beherrschende Frage, wie man dem durch den Niedergang der polnischen Mark drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch entgehen könne, werden an beteiligten Amtsstellen ebenso wie in Kaufmannskreisen und im Sejm eifrige Beratungen gepflogen. Die Vorsteher des Warschauer Börsenkomitees und der Vereinigung polnischer Banken konferierten mit dem Finanzminister Steczkowski. Sie sprachen den dringenden Wunsch aus, der Finanzminister möge sich vom Sejm außerordentliche Vollmachten erteilen lassen, um durch eine Reihe sofortiger Ausnahmemaßnahmen die ärgsten Schädigungen der Handelswelt abwenden zu können. Aehnliche Anstrengungen werden auch von anderer Seite gemacht, besonders seit nunmehr aus Galizien, vor allem aus Krakau die ersten Nachrichten über Bankerotterklärungen einzelner Firmen eingehen, die ihre Verbindlichkeiten gegenüber österreichischen und tschechischen Lieferant nicht mehr einlösen können.

Bemerkenswert ist, daß die Wirtschaftskatastrophe auch weidlich politisch ausgenützt wird. Während die Blätter, und vor allem die der Witos-Regierung nahestehenden Zeitungen, sich auf sachliche Erörterung der schwierigen Lage beschränken und eine Rettung auch nur in sachlichen Hilfsmaßnahmen erblicken, eröffnen die Blätter der Rechten einen neuen wütenden Feldzug gegen die Witos-Regierung. Diese Zeitungen sind noch gereizt durch den Ausgang der letzten Regierungskrise und greifen die Torso-Regierung rücksichtslos an. Die „Rzeczpospolita" gibt der Schwäche der Regierung die nahezu ausschließliche Schuld an dem Debakel und der Wirtschaftspanik. Noch schärfer spricht sich der Kraukauer „Czas" aus und verlangt, daß der Sejm jetzt nicht in Ferien gehen dürfe.

Gerade hinter dieser Forderung der Rechtsparteien verbirgt sich die Hoffnung auf den Sturz des Witoskabinetts. Wenn nämlich die Session des Sejms fortgesetzt wird bis zur Ernte, so werden sich trotz aller Zeitumstände die Bänke der Bauernpartei naturnotwendig leeren müssen. Diese Partei ist aber die stärkste Stütze des Witoskabinetts. Sind nur wenig Abgeordnete zur Stelle, so hofft die Rechte mit Leichtigkeit einen Mehrheitsbeschluß herbeizuführen, der den Sturz der Witos-Regierung zur Folge haben könnte. Aus diesem Grunde opponiert sie auch bereits gegen Verständigungsabsichten in der Wilnaer Frage. Ebenso wie sie überhaupt ein sich bemerkbar machendes Einlenken in außenpolitischen Fragen den Mittelparteien als Schuld anrechnet.

Berliner Brief.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Matthias und Traugott. — Zwei gesuchte Persönlichkeiten. — Das Kabinett Wirth in Nöten. — Um die Sanktionen. — Reparation und Valutanot.

Berlin, 1. Juli. (Eigenbericht.) „Matthias, kehre zurück, dir ist alles vergeben." „Traugott bleibe fern, dann kann dir nichts geschehen." Diese beiden Aufrufe könnten an den Anschlagsäulen der Reichshauptstadt prangen, wenn diese für die Politik reserviert wäre. Matthias Erzberger, der deutsche heißumstrittene Zentrumsgewaltige und ehemalige Reichsfinanzminister, der Hans Dampf in allen Gassen, hatte sich vom politischen Leben zurückziehen müssen, weil ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung und ein zweites wegen Meineids gegen ihn schwebte. Aber Matthias der Vielgewandte, hat obgesiegt. Das Verfahren wegen Meineids, den er im Beleidigungsprozeß Helfferich begangen haben sollte, ist eingestellt worden, teils weil die Beschuldigungen nicht aufrecht zu erhalten waren, teils wegen Mangels an Beweisen. Und das Verfahren wegen Steuerhinterziehung, das sich übrigens zu einer Art Gewohnheitsvergehen in dem viel besteuerten Deutschland herausbildet, scheint sich auch in Wohlgefallen aufzulösen. Da hat denn der Reichsausschuß der Zentrumspartei die Entscheidung gefällt, daß Erzberger gereinigt sei, und dekretiert: kehre zurück zur Politik, Matthias, dir ist alles vergeben. Mit leichtem Herzen hat die Partei schwerlich also entschieden; denn einmal ist doch bei dieser Gelegenheit manches an Erzbergers Rockschößen hängen geblieben, und vor allem fürchten die Parteigewaltigen Erzbergers herrschsüchtigen und ränkevollen Charakter. Aber sein Einfluß ist groß, und so mußte er in Gnaden aufgenommen werden.

Ein Gegenstück zu ihm bildet der ehemalige Polizeipräsident von Berlin und nachherige Minister während der kurzen Kapp-Aera, Traugott v. Jagow. Er gehört zu den Angeklagten des Kapp-Putsches, hatte sich aber auf Grund von ärztlichen Attesten und mit Hilfe einer Kaution von einer halben Million Mark der Verhaftung entzogen. Nun hat er selbst in der „Kreuzzeitung" spöttisch erklärt, daß er in der ganzen Zeit niemals krank gewesen sei, eine Herausforderung, die von sozialistischer Seite mit einer Interpellation gegen den Reichsjustizminister Schiffer beantwortet wurde. Die Verhandlungen im Reichstag waren etwas blamabel für die Justiz, deren sonst so langer Arm sich bei der Verfolgung der Kapp-Leute bedeutend verkürzt hat. Es spielen hier wohl politische Motive mit; denn die Regierung hat keinerlei Interesse an der Wiederaufrollung der Kapp-Affaire und an der Herbeiführung von Prozessen, welche die ohnehin große Spannung weiter verstärken würden. In dieser Beziehung ist der Bedarf Deutschlands durch die Kriegsverbrecher-Prozesse vor dem Leipziger Reichsgericht ohnehin überreichlich gedeckt.

Führt das Minderheitskabinett Wirth, das der Opposition von links wie von rechts in gleicher Weise ausgesetzt ist, doch sowieso nur ein sehr schweres Dasein. Der Versuch, die Koalitionsgrundlage durch den Zusammenschluß von rechts und links, durch die Heranziehung der Deutschen Volkspartei zu erweitern, ist an dem Widerstande der Mehrheitssozialisten gescheitert, während diese gleichzeitig stärker denn je mit den Unabhängigen liebäugeln, sodaß das Kabinett jetzt auch von links bedroht ist.

Nicht minder stark aber sind die ihm aus der äußeren Politik und aus den Reparationschwierigkeiten erwachsenen Gefahren. Die Voraussetzungen, unter denen das Ministerium Wirth zustande kam, waren einmal die Beseitigung der oberschlesischen Gefahr und zweitens die Aufhebung der Sanktionen, mit deren Hilfe die Alliierten die Annahme des Ultimatums erzwungen hatten. Das Ja des Reichstags ging von der Voraussetzung aus, daß die Interalliierte Kommission nunmehr tatkräftig gegen den Korfantyputsch einschreiten werde, und daß die Alliierten sich zur Aufhebung der Sanktionen; d. h. der Besetzung Düsseldorfs, Duisburgs und Ruhrorts sowie der Rheinzollgrenze, verstehen würden. Diese Hoffnung hat bisher trotz aller Forderungen und Proteste der deutschen Regierung getäuscht. Denn wenn auch das große Aufräumen in Oberschlesien endlich begonnen hat, so war doch infolge des französischen Widerstandes die Aufhebung der Saktionen bisher nicht zu erreichen und man muß es offen aussprechen, daß das Schicksal des Kabinetts Wirth davon abhängt, ob ihm in dieser Beziehung endlich ein Erfolg beschieden sein wird.

Die Enttäuschung in Deutschland ist umso stärker, da die vorgeschriebene Entwaffnung bis zum 30. Juni glatt durchgeführt worden ist und die Reparationszahlungen so prompt geleistet worden, daß der Markkurs dabei auf den Hund gekommen ist und die Alliierten über diese Deroute der Valuta derart entsetzt sind, daß sie nunmehr selber dekretierten, es solle der größere Teil der Reparationen in Sachleistungen gezahlt werden. Um diesen Punkt drehen sich die zur Zeit in Paris stattfindenden Verhandlungen über den Wiederaufbau, die bisher einen günstigen Verlauf genommen haben. Ob es gelingen wird, dadurch und durch die neue ungeheure Steuerbelastung, über deren Umfang noch beraten wird, den Markschwund, der die Reparationsmöglichkeiten zu sabotieren droht, aufzuhalten, wird sich erst in der Folge zeigen.

Das Schicksal der deutschen Flotte.

Berlin, 8. Juli. (Pp.) Die Blätter melden, daß der ehemalige deutsche Dampfer „Tirpitz", der auf Grund des Versailler Traktats an die Verbündeten ausgeliefert werden war, jetzt von der englischen Regierung an eine deutsche Schiffahrtsgesellschaft verkauft worden ist.

Zur italienischen Kabinettskrise.

Rom, 8. Juli. (Pat.) Bella Toretto ist zum Minister des Aeußern ernannt worden.

Chronik u. Lokales.

Der Streik der Angestellten auf der Lodzer elektrischen Straßenbahn

hat in den weitesten Kreisen der Einwohnerschaft unserer Stadt allgemeinen Unwillen hervorgerufen und wird allenthalben verurteilt. Es ist daher Pflicht der Presse, näher auf die Ursachen einzugehen, die zu diesem unser Wirtschaftsleben stark untergrabenden Streik geführt haben. Der Streik kann als vom Zaune gebrochen angesehen werden, denn seitens der Verwaltung der elektrischen Straßenbahn wurde den Angestellten das weitgehendste Entgegenkommen erwiesen. Die unmittelbare Ursache ist also auf anderem Gebiete zu suchen. Sie ist in dem Vorgehen des Lodzer Magistrats zu finden, der die Bedingungen des zwischen dem Unternehmen der elektrischen Straßenbahn und dem Magistrat abgeschlossenen Kontraktes über den Haufen geworfen, eigene Bedingungen aufgestellt hat und die Einhaltung derselben fordert. Laut dem zwischen dem Lodzer Magistrat und dem Straßenbahnkonsortium im Jahre 1897 abgeschlossenen Kontrakt wurde der Fahrpreis auf 5 Kop. pro Person festgesetzt. Von den Bruttoeinnahmen erhält der Magistrat 5% und nach Abschreibung einer Dividende von 6% zu Gunsten der Aktionäre noch 25% von dem verbleibenden Restbetrag. Die Macht der Verhältnisse hat den Fahrpreis bedeutend erhöht und dadurch ist auch eo ipso die Einnahme des Magistrats aus dieser Quelle ganz gewaltig gestiegen. Doch damit ist der Lodzer Magistrat nicht zufrieden, sondern verlangt außer dieser kontraktmäßigen Abgabe eine spezielle Besteuerung der Fahrkarten von 10%. Diese Steuer hat nun bewirkt, daß beispielsweise in Lodz ein Tramwaybillet mehr kostet als in Warschau. Die Lodzer elektrische Straßenbahn ist somit nicht nur ein Unternehmen zur Beförderung der Passagiere, sondern gleichzeitig eine der größten Einnahmequellen des Lodzer Magistrats geworden und als solche ist sie weder bei ihrer Anlage gedacht, noch bei ihrer Exploitation entsprechend eingerichtet worden. Denn die hohe Besteuerung eines Transportunternehmens, wie es die elektrische Straßenbahn ist, widerspricht den elementarsten Begriffen der modernen Wirtschaftslehre. Der Magistrat kann an dem Gewinn eines solchen Unternehmens partizipieren, darf es aber nicht mit außerordentlichen Abgaben belasten. Die Behauptung, daß der Magistrat das Recht habe, ein solches Unternehmen mit Abgaben nach seiner Ansicht und seinem Ermessen zu belasten, ist eine irrige. Ein solches Unternehmen kann nur mit Abgaben resp. Steuern belastet werden, die in gleicher Weise auch andere Unternehmen resp. die gesamte Bürgerschaft der Stadt belasten, aber sich aus einem Unternehmen, das für die Allgemeinheit, wie ein Artikel allerersten Bedarfs bestimmt ist, sich eine Haupteinnahmequelle machen zu wollen, ist dem Magistrat nicht gestattet. Wir sehen das an den Tarifen auf den Eisenbahnen, der Post- und des Telegraphen. Der Staat könnte aus diesen Quellen ganz enorme Gewinne erzielen, er tut es aber nicht, weil die übermäßig hohe Belastung dieser Institutionen den wirtschaftlichen Interessen des Staates zuwiderlaufen. Nun hat der Lodzer Magistrat aus der Lodzer elektrischen Straßenbahn für sich eine melkende Kuh gemacht, die er aber nicht nur melken, sondern auch am liebsten mit Haut und Haar auffressen möchte.

Die Erbauer der Bahn, die Aktionäre, die nicht nur ihr Kapital, sondern auch ihre Kenntnisse und Fähigkeiten dem Unternehmen geopfert haben, können dabei ganz leer ausgehen. Welchen Wert hat nun ein Kontrakt, der in der geschilderten Weise von dem Lodzer Magistrat respektiert wird. Werden sich heute noch Unternehmer finden, die unter den abwaltenden Verhältnissen bei Veranlagung enormer Kapitalien und Aufwand von Kenntnissen mit dem Lodzer Magistrat einen Kontrakt abschließen? Wird aber einmal auch die Lodzer elektrische Straßenbahn in städtische Regie gelangen, dann haben wir hier dasselbe Bild wie mit der Lodzer Gasanstalt zu erwarten. Die Gasanstalt bringt der Stadt nicht nur keinen Gewinn, sondern sie muß die Unterbilanz durch beständige Verteuerung des Gas- und Teerproduktes decken, um nur den Betrieb aufrecht zu erhalten; die Konsumenten haben das Nachsehen und so trägt der Lodzer Magistrat in erheblicher Weise mit zur Entwertung unserer Valuta bei, denn die unerschwinglich hohen Gas- und Teerpreise stehen in gar keinem Verhältnis zu dem effektiven Wert des Produktes. Wir billigen vollständig den Standpunkt der Verwaltung der Lodzer elektrischen Straßenbahn, die mit der Entrichtung der enormen Abgabe an den Lodzer Magistrat nicht einverstanden ist und sich an den Wortlaut des Kontrakts hält. Die 10% Abgabe betrug bis zum

31. Dezember 1920	Mk. 4,837,856.50
für Januar 1921	„ 1,730,410.70
	Mk. 6,568,267.20

Auf diese Steuer hat die Verwaltung der Bahn dem Lodzer Magistrat 2,250,000 Mk. eingezahlt. Der Lodzer Magistrat hat aber vergessen, daß die Neuanschaffungen, die die Verwaltung der Lodzer elektrischen Straßenbahn machen muß, heute nur zu bedeutend erhöhten Preisen bewerkstelligt werden können und, daß die zu diesem Zweck zur Verfügung stehenden Gutschriften zu gering sind, um die notwendig gewordenen Investierungen bewerkstelligen zu können. Es ist daher ratsam, daß man erst an die notwendig gewordenen Investierungen denkt und die Möglichkeit giebt, den ganzen Betrieb aufrecht zu erhalten, erst dann kann von einer Abgabe zu Gunsten des Magistrats die Rede sein. Werden diese Investierungen nicht gemacht, so kann das Werk sehr leicht zum Stehen kommen und die melkende Kuh verendet, ehe sie die erwartete Milch gegeben.

Parallel mit den Abgaben-Forderungen des Magistrats laufen die Forderungen der Angestellten der Bahn, die nicht bewilligt werden können, wenn der Magistrat die nachgesuchte Erhöhung des Fahrpreises nicht genehmigt und so bilden die Forderungen des Magistrats und der Angestellten der elektrischen Straßenbahn sowie die Gegenforderungen der Verwaltung der Lodzer elektrischen Straßenbahn einen circulus vitiosus, in welchem man sich nur

schwer zurecht finden kann und aus dem nur ein gegenseitiges Sichverstehen, Entgegenkommen und Einvernehmen den Weg ins Freie finden kann. Die Situation ist jedenfalls sehr ernst und wird dadurch noch erheblich verschlimmert, daß die gegenwärtige Lage gar keine Sicherheit für die Zukunft bietet.

*** Die Einkommensteuer.** Das Pressebüro des Finanzministeriums gibt bekannt: Mit dem 15. dss. M. läuft die durch das Gesetz vom 16. Juli 1920 bestimmte Frist über die staatliche Einnahme- und Vermögenssteuer ab. Die Verfügung des Finanzministers vom 7. Juni dss. J. zur Einreichung der durch das genannte Gesetz verlangten Angaben wurde in den Zeitungen bekanntgemacht und an sichtbaren Stellen plakatiert. Die Gesamtheit der Bevölkerung hat diesen Aufforderungen indessen wenig Aufmerksamkeit zugewandt. Im eigenen Interesse jedes zur Zahlung der Steuer Verpflichteten liegt es indessen, die diesbezüglichen Angaben einzureichen, da die Nichteinhaltung dieser Frist empfindliche Geldstrafen nach sich zieht, auch verliert der Zahler die Möglichkeit einer Verteidigung gegen die Steuer, die die Finanzbehörde gezwungen sein wird, auf Grund der in ihrem Besitz befindlichen Informationen aufzuerlegen. Wer somit nicht die Absicht hat auf sein Recht, einen entscheidenden Einfluß auf die Bemessung der Steuer auszuüben, zu verzichten, muß sich daher mit der Einreichung der Angabe auf dem vorgeschriebenen Formular beeilen. Angabeformulare werden von den Finanzämtern unentgeltlich ausgegeben. Auch sind sie zum Preise von 10 Mk. in jeder Tabakhandlung erhältlich.

*** Beurlaubung der Ackerbautreibenden vom Militär für die Erntezeit.** Das Pressebüro des Ministeriums für Heeresangelegenheiten bringt nachstehende Verordnung des Kriegsministers zur allgemeinen Kenntnis: Die General-Bezirkskommandos haben, soweit die Dienstbedingungen es gestatten, eine Beurlaubung der ackerbautreibenden Soldaten für die Erntezeit ohne Unterschied der Waffengattungen und der Jahrgänge während der Zeit vom 15. Juli bis 1. September l. J. durchzuführen. Die Urlaubszeit ist auf 14 Tage zu bemessen und so einzuteilen, daß ein jeder Ackerbautreibende daheim an den Erntearbeiten mithelfen kann. Die Beurlaubung hat demnach in drei Zeitabschnitten zu geschehen und zwar vom 15. Juli bis 1. August, vom 1. August bis 15. August und vom 15. August bis 1. September.

*** Die städtischen Angestellten** wandten sich vor einigen Wochen an den Magistrat wegen Erhöhung des Gehalts für Juni um 50 pCt., ohne dabei die ihnen zuletzt zugestandene Zulage in Rechnung zu stellen sowie wegen Gleichstellung der Löhne mit den Warschauer Kommunalbeamten, angefangen vom 1. Juli dss. J. Die Forderung begründete der Verband der städtischen Angestellten in Lodz damit, daß in Warschau, wo die Preise für Artikel des ersten Bedarfs höher sein als in Lodz, die Gehälter der Kommunalbeamten um 55 bis 75 pCt. größer seien, als die in Lodz bezogenen. Im Besitze dieses Memorials der Zwischenverbandskommission entsandte der Lodzer Magistrat seine Vertreter zu ausführlicher Prüfung dieser Frage nach Warschau. Es wurde festgestellt, daß die Klassifizierung in Warschau eine andere ist als in Lodz. Die Zwischenverbandskommission ließ darauf dem Magistrat zur Erledigung der Angelegenheit bis zum 8. Juli Frist. Da die Verwaltung bis zu dem Tage keine kategorische Antwort erhielt, wurde vorgestern eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, auf der beschlossen wurde, am Montag nächster Woche in den Ausstand zu treten, wovon der Magistrat in Kenntnis gesetzt wurde. Auf der gestrigen Sitzung des Magistrats wurde den Delegierten des Verbandes erklärt, daß der Magistrat mit der Gehaltserhöhung grundsätzlich einverstanden sei, diese jedoch von der Einwilligung des Finanzministeriums abhängig mache. Der Verband stellte darauf ein neues Ultimatum mit einer Frist von 2 Monaten. Der Magistrat hat nun die Forderungen der Angestellten bewilligt und sich verpflichtet, die Zulage bis zum 17. Juli auszuzahlen. Zur Erlangung der entsprechenden Kredite sandte der Magistrat eine Delegation mit Dr. Stupnicki an der Spitze nach Warschau und empfahl der Delegation gleichzeitig, das Finanzministerium daran zu erinnern, daß verschiedene Steuern in den Büros des Ministeriums bereits 3 Monate auf Bestätigung warten. Wie wir erfahren, hat das Ministerium sich mit einer einmaligen Unterstützung einverstanden erklärt.

*** Geburtsscheine für Schulkinder.** Die Kommission für allgemeine Bildung macht bekannt, daß von sämtlichen schulpflichtigen Kindern bei der Anmeldung in der Schule die Vorweisung des Geburtsscheines verlangt wird. Die Eltern dieser Kinder werden deshalb aufgefordert, sich mit den diesbezüglichen Geburtsscheinen rechtzeitig zu versehen. Die Geburtsscheine der christlichen Kinder werden in den Kirchenkanzleien und der Kinder nichtchristlicher Konfessionen im Zivilstandsamt beim Magistrat ausgestellt.

*** Die Bezüge der Lehrer.** Der Kreisausschuß hat in Erfahrung gebracht, daß die Gemeindeverwaltungen den Lehrern Summen auszahlen, die in den Schulbudgets für Beheizung der Schulen figurieren, wodurch des öfteren Mißverständnisse und Streitigkeiten entstehen. Infolgedessen hat der Lodzer Kreistag den Gemeindeverwaltungen eine Aufklärung zugehen lassen, welche Bezüge den Lehrern zukommen, und zwar: Die Gemeindeverwaltungen sind verpflichtet, den Lehrern in Monatsterminen im voraus zu zahlen: 1) Teuerungszuschlag, 2) Ausgleichszuschlag für Land-Nutznießung, 3) Wohnungszuschlag, 4) für Beleuchtung, 5) Kanzleigebühren. Die übrigen Summen, wie für Bedienung, Miete des Schullokals, für Beheizung usw. müssen in der Gemeindekasse zur Verfügung des Schulaufsichterats aufbewahrt werden.

*** Ansteckende Krankheiten und Todesfälle.** In der Zeit von 26. Juni bis 2. Juli erkrankten: Am Flecktyphus 3 Personen—1 Todesfall; am Unterleibstyphus 31 — 2 Todesfälle, am Rückfallfieber 1 —, an der Ruhr 8 —, am Scharlach 1 —, an den Röteln 7 —, am Keuchhusten 5 —, 2 Todesfälle am Wochenbettfieber 3—1 Todesfall, an der Rose 3 —, an der Malaria 1 —, während von den Schwindsüchtigen 23 Personen verstarben.

*** Generalversammlung des Immobilienbesitzer-Vereins in Lodz.** Im Saale des Kreditvereins fand vorgestern abend die Jahres-Generalversammlung der Immobilienbesitzervereins von der Krutkastr. 4 statt, zu welcher sich 120 Mitglieder eingefunden hatten. Die Sitzung leitete Herr Gustav Klukow in Assistenz der Herren M. Luba, E. Fischer, B. Eisner, T. Kollenbach und M. Suligowski. Aus dem Tätigkeitsbericht des Vereins ist ersichtlich, daß die Verwaltung gegen das Mieterschutzgesetz, welches nicht nur für die Immobilienbesitzer, sondern für die Mieter selbst schädigend wirkt, ankämpfte. Ueber das seinen Zweck verfehlte Mieterschutzdekret sowie über die eigenmächtige Handlungsweise des Wohnungsamtes haben wir schon in erschöpfender Weise berichtet, weshalb wir von weiteren Auszügen aus dem Tätigkeitsbericht des Vereins, der sich gar oft um Aufhebung dieser Mißstände an die Zentralbehörden wandt, absehen. Dank der eifrigen Tätigkeit der Verwaltung hat sich der Verein um 287 Mitglieder vergrößert. Der Rechenschaftsbericht weist auf an Einnahmen M. 885,966 und Ausgaben Mk. 885,956. Der Wirtschaftsplan für 1921 sieht vor an Einnahmen Mark 820.000 — Ausgaben Mark 660,000 — Defizit M. 40,000. Auf Antrag des Verwaltungsmitgliedes Herrn Lęczycki wurden die Mitgliedsbeiträge erhöht, u. zw. für 1. Kategorie — Mk. 1000, 2. — M. 600, 3. — M. 400 und 4. Kategorie M. 200. Herr Friedrich referierte über die Wohnungsfrage und Herr Credo fügte hinzu, daß gemeinsam mit dem zweiten Immobilienbesitzer-Verein in dieser Angelegenheit ein Memorial ausgearbeitet und dem Ministerpräsidenten, dem Minister des Innern, dem Justizminister und dem Finanzminister unterbreitet wurde. Der Versammlung wurde zur Kenntnis gebracht, daß der Streik der Hauswächter beigelegt sei. Ueber die Renovierung der Häuser und Auftreibung der Kapitalien wurden längere Debatten geführt. In dieser Angelegenheit wird demnächst eine besondere Versammlung einberufen werden. Zum Schluß der Sitzung wurde zu den Wahlen geschritten. Es wurden in die Verwaltung gewählt die Herren: Gustav Klukow, Ludwig Neugebauer, Mieczysław Suligowski, Oskar Ziegler, Felix Drozdowski, R. Palmer und M. Roset; als Stellvertreter Marjan Luba, Dzieniakowski, Oswald Krusche, Oskar Dreßler, Wolf Markusfeld, Maurycy Prussak, Władysław Auerbach, Theodor Fiedler, Rafal Hirsch, Władysław Wolkowski und Josef Petrykowski. Revisionskommission: Jezierski, Lipinski, J. Wolski, Mantinband, Szyk und Utz.

*** Zu den Mißbräuchen im Wohnungsamt** erfahren wir folgende Einzelheiten: Am 23. Juni d. J. erschienen beim Leiter des Wohnungamtes der Verwalter einer Privat-Handels-Institution Herr C. und der Beamte dieser Institution Herr P. und erklärten, daß der Kontrolleur des Wohnungsamtes Kubiak, sowie der Schriftführer dieses Amtes Netzel für die Anweisung einer Wohnung und Legalisierung zur freien Beziehung der Räumlichkeiten 225.000 Mk. verlangt und diese Summe auch erhalten haben. Durch die eingeleitete Untersuchung wurde die Richtigkeit obiger Aussage festgestellt, worauf die beiden Beamten Kubiak und Netzel sofort entlassen wurden. Die Angelegenheit wurde dem Staatsanwalt übergeben. Durch die Untersuchung wurde ferner festgestellt, daß außer den beiden Genannten, kein Beamter des Wohnungsamtes an den Mißbräuchen teilgenommen hat.

*** Feuerwehrfest in Ruda-Pabianicka.** Am morgigen Sonntag veranstaltet die Rudaer Freiwillige Feuerwehr daselbst im Parke des Herrn Stefanski ein großes Feuerwehrfest mit Tambola und verschiedenen anderen Ueberraschungen. Die Einnahmen von diesem Feste sind zur Errichtung eines Steigerturmes bestimmt, ohne welchen die Wehr keine Fortschritte in den Uebungen machen kann. Angesichts diesen guten Zweckes ist ein Besuch dieses Festes nur zu empfehlen. Während des Festes wird das Scheibler'sche Orchester unter Leitung des Herrn A. Thanfeld kanzertieren. Die Rudaer Freiwillige Feuerwehr steht jetzt unter Leitung einer neuen Verwaltung, die sich aus folgenden Herren zusammensetzt: Präses Stypulkowski, Kommandant — Wolynski, Vicekommandant — Händel und Requisiteur — Adolf Hesse.

*** Falsche Tausendmarkscheine.** In letzter Zeit sind wiederum in größerer Anzahl falsche Tausendmarkscheine der weißen Farbe im Verkehr erschienen, besonders in Petrikau. Bei einem Händler in Sulejów wurden mehrere dieser Falsifikate gefunden, die er von einem Kaufmann in Lodz erhalten haben will. Bei Empfang von Tausendmarkscheine sei daher größte Vorsicht geboten.

*** 100.000 Mark Belohnung in deutschem Gelde ausgesetzt** hat die Postdirektion in Memel für die Wiederbeschaffung einer sehr wertvollen Einbrecherbeute. Am 2. d. M. wurde nämlich beim dortigen Postamt eine Sendung mit fünf Millionen deutscher Banknoten (1000-Markscheine der Serie 071 7001 E bis 096 7000 E) gestohlen. Ferner wurden Memeler Briefmarken (5 Pfg. bis 20 M.-Marken) mit der Aufschrift Memel und französische Hafenmarken im Werte von 30,000 M. gleichzeitig gestohlen.

*** Feuer.** In der Nacht zu gestern wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Nr. 6 in der Pomorska-Straße gerufen, wo ein Brand ausgebrochen war. Das Feuer entstand in der daselbst befindlichen Strumpfwirkerei von Rothard und Selzer und hatte bereits größere Dimensionen angenommen. Es waren der 1., 2. und 3. Löschzug auf der Brandställe tätig. Ein Saal der Strumpfwirkerei mit den Maschinen und Waren wurde vom Feuer vernichtet und beträgt der angerichtete Schaden mehrere Hunderttausend Mark. Das Feuer entstand aus bisher noch unbekannter Ursache in der Trockenstube.

*** Diebstähle und Verhaftungen.** Die Polizei nahm einige bekannte Diebe fest, die im Warenlager unter der Firma „Textil" in der Petrikauerstr. 71 Manufakturwaren entwendeten. Auch ein in der Wohnung von Witold Behme an der Kilinski-Str. 109 verübter Diebstahl wurde aufgedeckt. Die gestohlenen Sachen wurden gefunden. Von bisher noch unbekannten Dieben wurden gestohlen: In der Eisenbahn von Warschau nach Lodz der hier in der Gubernatorskastr. 14 wohnhaften Helene Licke ein Korb mit Kleidern im Werte von 200,000 Mark, ebenfalls in der Bahn zwischen Zgierz und Lodz dem Landwirt Stanislaw Kasper ein Packet mit 32,000 M., aus der Wohnung des Leibus Lipschütz an der Poludniowa 39 Bijouterien und Kleidungsstücke im Werte von 200,000 M. und aus der Wohnung der Leokadia Schmidt an der Srebrzynskastr. 23 verschiedene Sachen im Werte von 150,000 M.

*** Vorfälle mit der Polizei.** An der Ecke der Zakątna- und der 1. Maistraße entstand vorgestern zwischen demobilisierten Soldaten und zwei Zivilpersonen, die eine Frau begleiteten, eine Prügelei. Der sich in der Nähe befindende ältere Polizist des 6. Kommissariats Jan Zawierucha rief noch zwei Polizisten zu Hilfe und wollte die Ruhestörer nach der Wache abführen. Die Soldaten warfen sich nun auf Zawierucha und einer derselben, namens Mądrowicz, entriß ihm den Revolver. Die Soldaten verprügelten sodann die Polizisten und erst als ein Leutnant herbeikam, wurde dieser Prügelei ein Ende bereitet. Die Soldaten, sechs an der Zahl wurden verhaftet. — In der Rokicinskastr. 35 wurde der Patrouillenführer der berittenen Polizei Andrzej Roman von Uebeltätern überfallen und verprügelt. Drei der Uebeltäter, namens W. Karczewski, M. Karczewski und J. Strumilo, wurden verhaftet.

*** Benzinexplosion.** In einer Wohnung des Hauses Poludniowa 18 explodierte vorgestern ein Kochapparat, wobei der 13jährige Schulim Prewin schwere Brandwunden erlitt. Der Verunglückte wurde mittels Rettungswagen nach dem Poznanskischen Hospital gebracht.

*** Den Tod unter der elektrischen Fernbahn** fand vorgestern abend auf der Konstantiner Chaussee der Einwohner von Konstantynow Ferdinand Schmidt. Der Verunglückte wurde auf der Haltestelle Lesniczówka von einem Reservezug der genannten Bahn erfaßt, und war auf der Stelle eine Leiche.

***Unfall auf der Bahn.** Auf der Lodzer Station der Kalischer Eisenbahn überfuhr eine manövrierende Lokomotive den 18 jährigen Soldaten Stanislaw Dawid, dem beide Beine abgeschnitten wurden. Der Verunglückte wurde nach dem Militärlazarett in der Przędzelniana-Straße 72 gebracht.

*** Plötzliche Todesfälle.** In der Nowomiejska-Straße 6 verstarb gestern plötzlich ein unbekannter Mann, dessen Leiche nach dem städtischen Prosektorium gebracht wurde. Ferner starb in seiner Wohnung an der Rokicinska-Straße 100 plötzlich der Arbeiter Stanislaw Karzmarek.

*** Unbestellbare Telegramme:** Gutmann aus Krakau, Binziel aus Zgorow, Weilberg aus Ostrowo, Sieder aus Kalisch, Zalewski aus Starzysko, Spiro Obats, Sergius, Barbasa, Ogrodowa und Rosenberg, sämtlich aus Warschau, Schothal und Goldmann, beide aus Lemberg, Miliband aus Untertürkheim, Ostweh aus Bremen, Ossowski aus Sieradz, Eisestraus aus Zürich, Skolgas aus Radom, Lißnerosad aus Kowno, Meyrowitz aus Libau, Persyło aus Bendziani, Silberstein aus Frankenberg, Czegowicka aus Wien, Tobak aus Rzeszow, Kalinski aus Kreszow, Nowecki aus Wollstein, Karmiol, woher unleserlich Kleinlud aus Grodno.

Eingesandt.

Gartenfest. Am Sonntag, den 10. Juli l. J. findet an der Letnia-Straße Nr. 1 an der Kalischer Eisenbahn im Poznanskischen Garten ein großes Gartenfest, verbunden mit Pfandlotterie statt. Ein reichversehenes Buffet befindet sich am Platze. Die Preise sind mäßig.

*** Der ev.-luth. Jünglingsverein der St. Johannisgemeinde** veranstaltet am Sonntag, den 17. Juli (bei ungünstigem Wetter am 24.) für die Angehörigen der Mitglieder und Gönner des Vereins ein Gartenfest. Ein abwechslungsreiches Programm ist vorgesehen.

In der Redaktion eingegangene Spenden.

An Stelle von Blumen auf das Grab der verstorbenen Frau Katarina Kajnat spendete Fräulein Irmgard Haffstein 500 Mark für das Greisenheim.

Im Namen der bedachten Institutio herzlichen Dank.

Kunstnachrichten.

Im „Urania" tritt seit einigen Tagen ein ukrainisches Ensemble unter der tüchtigen Leitung des Herrn Dir. Michailow auf. Der gut eingesungene Chor gibt ukrainische Lieder zum besten; die Glanznummer des Abends — übrigens eine wirklich hervorragende Leistung — bildet das Ballett. Das begeisterte Publikum zwingt die Teilnehmer immer wieder zu Zugaben. Wer das ukrainische Lied hören, den ukrainischen Tanz in seiner wilden Leidenschaft und doch wieder so anmutiger Grazie voll und ganz genießen will, der besuche das „Urania".

H. E.

Aus Warschau

— Raub von Millionen Mark. Am vergangenen Mittwoch drangen in die Wohnung des Ludwig Mozbicki, Angestellten der Fabrik „Orlwein, Karasinski und Komp." (Siennastr. 87) zwei unbekannte Männer ein, die mit vorgehaltenen Revolvern seine Wirtschafterin Marie Turemko und ihre 12jährige Tochter Sophie terrorisierten, sie nach der Küche schleppten und sie dort fesselten. Alsdann gingen sie in das Zimmer des Aftermieters Sebastian Stefanski, erbrachen dort einen Koffer und raubten aus demselben $9\frac{1}{2}$ Millionen Mk., die dem Schwager Stefanskis Ignaz Kolankiewicz gehörten, der ein Haus in Golynin [illegible]. Außerdem raubten die Eindringlinge 3 Millionen Mark, die in einem Korbe versteckt waren und einem Verwandten des Kolankiewicz gehörten. Die Polizei verhaftete in dieser Angelegenheit Sebastian Stefanski.

Aus dem Reiche.

Siedlce. Ein netter Gendarm. Dieser Tage wurde der Gendarm der Polizeiwache in Urle, Kreis Radzymin, Czeslaw Piwowski verhaftet, der, wie festgestellt wurde, eigenmächtige Revisionen vornahm, Handelspatente prüfte und Bestechungsgelder annahm. Außerdem wurde er von einem gewissen Sch. Rubin als derjenige erkannt, der an einem Raubüberfall teilgenommen hat. Der nette Gendarm wurde nach dem Gefängnis in Siedlce gebracht.

Bromberg. Ein neuer Stadtpräsident. Der bisherige Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Dr. Biziel hat den Posten des Stadtpräsidenten übernommen.

Posen. Vom Eisenbahnzuge wurden dieser Tage zwischen den Stationen Starolęka und Krzesiny drei Mädchen überfahren, zwei von ihnen wurden auf der Stelle getötet, das dritte erlitt schwere Verletzungen. Die Namen der Mädchen sind: Frączkowiak, Grzybek und Ryszarczyk.

In kurzen Worten.

Chamberlain erklärte im Unterhause, die englische Regierung habe bisher keine Bestätigung der Nachricht, daß die Vereinigten Staaten ihre Truppen aus der Rheinprovinz zurückziehen wollen, erhalten.

In London ist der Staatssekretär Lacotti Balfour, nicht der ehemalige Außenminister Artur Balfour, gestorben.

Telegramme.

London, 7. Juli. Aus Dublin wird berichtet, daß am Tage der amerikanischen Feier die englischen Behörden verboten haben, amerikanische Flaggen zu hißen. Die gehißten Flaggen wurden auf Befehl der Polizei entfernt. Trotz dieses Verbots wurden jedoch viele Häuser in Süd-Irland mit amerikanischen Flaggen geschmückt.

Kirchliche Nachrichten.

Bethaus in Radogoszcz.

Sonntag, 10½ Uhr vorm.: Gottesdienst. Stadtmissionar Lerle.

Baptisten-Kirche, Nawrot Nr. 27.

Sonntag vorm. 10 Uhr: Predigtgottesdienst. Prediger E. Becker, Bydgoszcz.
Nachmittags 4 Uhr: Predigtgottesdienst.
Im Anschluß: Verein junger Männer und Jungfrauenverein.
Montag, abends ½8 Uhr: Gebetsversammlung.
Donnerstag, abends ½8 Uhr: Bibelstunde.

Baptistenkirche, Rzgowska-Straße 43.

Sonntag, vormittags 10 Uhr: Predigtgottesdienst. Prediger R. Jordan.
Nachmittags 4 Uhr: Predigtgottesdienst.
Im Anschluß: Jugendverein.
Dienstag, abends ½8 Uhr: Gebetsversammlung.
Freitag, abends ½8 Uhr: Bibelstunde.

Betsaal der Baptisten, Baluty,
Alexandrowska-Straße Nr. 60.

Sonntag, vormittags 10 Uhr: Predigtgottesdienst.
Nachmittags 4 Uhr: Predigtgottesdienst.
Im Anschluß: Jugendverein.
Mittwoch, abends 7 Uhr: Bibelstunde.

Nachrichten aus den ev. Gemeinden.

Aus der evangelischen Gemeinde in Pabianice.

Vom 1. bis 30. Juni d. J. wurden geboren 24 Kinder u. zwar 12 Knaben und 12 Mädchen.

Aufgeboten wurden 7 Pare und zwar: Stanislaw Slodek mit Emilie Roth geb. Bart, Oskar Roth — Laura Henkel, Reinhold Bajerke — Pauline Henschke, Friedrich Czarnik — Melida Patzer, Oskar Schneider — Lydia Eilenfeld, Richard Böhm — Marie Skaley geb Hank, Friedrich Schaub — Wanda Netzer.

Getraut wurden 7 Paare und zwar: Franciszek Wojciechowski — Pauline Lange, Benjamin Meier — Klara Dekert, Otto Flath — Sekinda Busse, Oskar Schneider — Lydia Eilenfeld, Friedrich Czarnik — Melida Patzer, Adolf Steinbrenner — Selma Krüger, Reinhold Bajerke — Pauline Natalie Henschke.

Beerdigt wurden 15 Personen, darunter folgende Erwachsene: Karl Theodor Ender 60 Jahre alt, Friedrich Laufer 58, August Losinski 77, August Ludwig Prasse 68, Wilhelm Masschatz geb. Kurz 54.

Warschauer Börse.

Notierungen vom 8. Juli (Pat. gezahlt.

6% Anl. d. St. Warschau 1915/16 . . .	240
6% Anl. d. St. Warsch. 1917 für Mk. 100	113.50—113.75
4½ Pfandbr. d. Bodenkred.-Ges. . . .	292.50—285
4½% Anl. der Stadt Warschau . . .	— —
4½ " " " " f. Mk. 100	81.
5% Anl. d. St. Warschau. . . .	410
5% Pfandbriefe der Stadt Lodz. . .	245—240

Bargeld

	Verkauf	Kauf
Ver.-St.-Dollars	1875	1815

Schecks.	Transaktionen
Berlin	25.50—25
Paris.	151
London	6850

Aktien

Handelsbank in Warsch.	1650—1625
Westbank . . . . . . I-III.	1450—1475—1425
Kreditbank in Warsch. . I-III.	2000—2100
Kijewski & Scholtz	— —
Diskontobank in Warsch. . . .	2275
Ostrowiecker Gesellschaft . . .	8150—8250
Borkowski.	1675—1650
Firley	975—900—775
Jabłkowski	1450—1550—1475
Lilpop	3450—3550
Rudzki	25250—25300—25400
Ges. der Zuckerfabriken	13500—14000—13900
Starachowice für 500 Mk. . . .	7400—7625—[illegible]
Zawiercie	39000
Zyrardow	44000—46500
Schiffahrts-Ges.	2350—2450
Kohle	168000—15900
Polnische Nafta	2550—2400—2500
Holz-industrie	1650

Der Väter Erbe.

Roman von Otto Elster.

13. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Haben Sie den Rest des Weines noch, der in der Flasche war?"

„Nein."

„Oder dann wenigstens das Glas, aus dem Sie getrunken haben?"

„Das wäre möglich."

„Wenn Sie es noch vorfinden, und es noch nicht gesäubert, schicken Sie es mir, sorgfältig verpackt, zu. Wenn sich noch ein Restchen von dem Wein darin befinden sollte, um so besser. Und dann suchen Sie zu erfahren, ob Herr Böhmer in der Nacht aufgestanden ist, ob er seine Wohnung früher, als nötig war, verlassen hat. Benachrichtigen Sie mich von allem."

„Ja — aber das Geld, Herr Notar," rief Elfriede ungeduldig. „Wir müssen es noch heute nachmittag an Herrn Böhmer abschicken."

„Geduld, Geduld, mein liebes Kind! Die Post ist noch zwei Stunden offen. Wir haben also noch Zeit genug. Aber von Ihrem Vermögen kann ich das Geld nicht nehmen; erstens verstieße ich damit gegen die Bestimmung des Testaments Ihrer Mama, und zweitens steht das Kapital auf erster Hypothek, und die kann ich nicht gleich zu Geld machen."

„Aber die Zinsen . . ."

„Darf ich nicht angreifen."

„Aber wenn ich Sie recht sehr darum bitte," sagte Elfriede fast weinend.

Der Notar lächelte, machte ein pfiffiges Gesicht und sah mit den Augen zwinkernd nach Raimund hinüber, der in großer Verlegenheit dasaß.

„Nun, nun," beruhigte der Notar dann das erregte Mädchen, „nur nicht gleich weinen! Es gibt wohl noch einen andern Weg, Ihrem Freund zu helfen. Ich selbst werde ihm das Geld vorstrecken."

„Herr Notar! O, wie gütig sind Sie!"

„Ja, ja . . . nun aber Ruhe, vor allem Ruhe, liebes Kind! Also ich werde das Geld diesem jungen Herrn auf Schuldschein vorstrecken, und Sie verbürgen sich dafür, Fräulein von Rudow?"

„Gern, gern!"

„Herr Notar, wie soll ich Ihnen danken! Sie retten mich vor Schmach und Schande . . ."

„Ich tue es, Herr Raimund, um dem Treiben dieses Herrn Böhmer, dem ich schon seit langer Zeit mißtraue, endlich auf die Spur zu kommen und ein Ende zu machen. Ich will mich darüber jetzt nicht weiter äußern, wir sprechen später darüber."

Die Schuldurkunde war bald ausgestellt. Dann entnahm der Notar seinem Geldschrank zwei Tausendmarkscheine, die er Raimund übergab.

„Und nun gehen Sie in mein Büro," sagte er. „Dort finden Sie alles, was Sie zum Schreiben nötig haben, auch ein Kuvert für Wertsendungen. Packen Sie das Geld ein und bringen Sie es selbst zur Post. Dann kommen Sie wieder und holen Fräulein von Rudow ab."

Vor freudiger Erregung zitternd, vermochte Raimund kaum einen gleichgültigen Begleitbrief an Böhmer zu schreiben, in dem er nur die Absendung des Geldes anzeigte. Dann eilte er zur Post und war in einer halben Stunde wieder in der Wohnung des Notars.

Elfriede war nicht da.

„Fräulein von Rudow trinkt bei meiner Frau eine Tasse Tee," sagte der Notar. „Sie, Herr Raimund, bitte ich, noch einen Augenblick zu bleiben; ich möchte mit Ihnen noch ein Wort im Vertrauen reden."

„Ich stehe ganz zu Ihrer Verfügung, Herr Notar."

„Hm — so wie stehen Sie denn eigentlich mit Fräulein von Rudow, daß sie in der Sache so energisch für Sie eintrat?"

Raimund errötete. Er suchte nach Worten. Er wußte nicht, ob er das Geheimnis ihrer Liebe dem Notar anvertrauen durfte.

„Nun," fuhr dieser mit einem leichten Lächeln fort, „ich will Sie der Antwort überheben. Aber ich möchte Ihnen doch zu bedenken geben, Herr Raimund, ob es für Sie beide nicht besser und schicklicher wäre, wenn Sie Ihre Stellung in Rudow aufgeben würden. Sie finden wohl eine andere Stelle hier in der Nähe, oder Sie könnten auf den Hof Ihres Vaters zurückkehren. — Es ist nicht gut, wenn zwei Liebende so nahe beieinander leben. Außerdem müssen Sie auch bedenken, daß Herr Böhmer Ihnen das Dasein durch allerlei Schikanen sehr erschweren und Sie sehr aufmerksam und argwöhnisch beobachten dürfte. Das kann Ihre Stellung recht unangenehm machen, für den Ruf Fräulein von Rudows aber könnte es die häßlichsten Folgen nach sich ziehen."

Raimund atmete tief auf. „Ich danke Ihnen, Herr Notar, für Ihre ernsten, warnenden Worte. Sie haben recht — und ich werde Ihren Rat befolgen, so schwer es mir auch fällt, mich von dem Gute zu trennen. Ich möchte Herrn von Rudow und Fräulein Elfriede nicht ganz der Willkür dieses Herrn Böhmer preisgegeben sehen."

„Lassen Sie mich dafür sorgen, daß das nicht geschieht. Wir werden darüber noch mehr sprechen. Jetzt kommen Sie — trinken Sie eine Tasse Tee, und dann kehren Sie vorläufig zurück nach Rudow, und vergessen Sie nicht, jene Erkundigungen einzuziehen."

„Gewiß nicht, Herr Notar!"

Nach einer halben Stunde befanden sich Elfriede und Raimund wieder auf dem Heimweg, der sich jedoch recht schweigsam gestaltete; denn beide waren mit ihren eigenen Gedanken zu sehr beschäftigt, als daß sie imstande gewesen wären, in Gegenwart des Kutschers ein gleichgültiges Gespräch zu führen.

Raimund dachte an den bevorstehenden Abschied von Rudow, und Elfriede konnte sich des Verdachtes nicht erwehren, daß der Notar ihr Verhältnis zu Raimund durchschaut hatte. Das machte sie schweigsam und verlegen. Beide atmeten auf, als Rudow erreicht war. Mit einem innigen, aber stummen Händedruck schieden sie voneinander.

8. Kapitel.

Inspektor Böhmer kehrte in schlechter Laune von seiner Reise zurück. Mit mißtrauischer Miene blickte er Raimund an, als dieser in sein Zimmer trat.

„Hier haben Sie das Geld für Ihre Kasse wieder," sagte er mürrisch. „Ich konnte es nicht gebrauchen, da der Kauf sich zerschlug." Damit schob er Raimund zwei Tausendmarkscheine hin.

„Entschuldigen Sie mich," entgegnete dieser, die Banknoten nicht anrührend, „wenn ich die Annahme des Geldes verweigere. Ich bitte Sie auch, mir die Kasse noch heute abzunehmen, da ich nicht in der Lage bin, sie weiter zu führen."

„Weshalb nicht?" fragte der Inspektor finster.

„Erstens, weil mein Zimmer keine Sicherheit für die Kasse bietet, und zweitens, weil ich dem Herrn Baron meinen Dienstaustritt gemeldet habe."

„Sie wollen fort?"

„Ja — am ersten des nächsten Monats."

„Darf man den Grund wissen?"

„Der Grund liegt in meinen Privatverhältnissen und kann Sie nicht interessieren."

Der Inspektor lachte höhnisch auf. „Ich glaube den Grund zu erraten. Sollte derselbe nicht in Ihrem Verhältnis zu Fräulein von Rudow liegen?"

(Fortsetzung folgt.)

Verlag von Alexis Drewing und Alexander Milker. Verantw. Redakteur A. Drewing. Rotations-Schnellpressendruck „Neue Lodzer Zeitung."